

## **Herausforderungen für eine europäische Friedenskultur heute**

Annette Muhr-Nelson

### **1. Der Friedensnobelpreis – Zuspruch und Anspruch**

Am Vormittag des 12. Oktober 2012 hat das Nobelkomitee in der norwegischen Hauptstadt Oslo den Empfänger des Friedensnobelpreises 2012 verkündet: die Europäische Union. Damit ist die zentrale geschichtliche Bedeutung der EU als Friedensprojekt von renommierter Stelle gewürdigt worden.

Die EKD sagt dazu: „Die Ehrung durch das Nobelkomitee ist auch deshalb von großer symbolischer Bedeutung, da im Ringen um eine Lösung der Schulden- und Finanzmarktkrise der europäische Gedanke ins Hintertreffen zu geraten droht. Längst geht es um mehr als den Erhalt der gemeinsamen Währung in der Eurozone, es geht um die Zukunft der europäischen Idee. Eine Idee, die Europa in den letzten Jahrzehnten Frieden, Wachstum und Wohlfahrt und ein wachsendes Maß an sozialer Gerechtigkeit beschert hat. Doch die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert und viele Mahner sehen den einzigen Ausweg im Ausstieg aus der Gemeinschaftswährung und im Zurück zum Nationalstaat. Insbesondere junge Menschen leiden aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation in vielen Staaten Europas unter Perspektivlosigkeit und begehren gegen die Ungerechtigkeit auf. Oft führen die nationalen Sparanstrengungen zu einer Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich. Wut und Frust über die Regierenden entladen sich vielfach an den Schwächsten der Gesellschaft: den Flüchtlingen und Migranten. Aber auch zwischen den Staaten wächst die Ungleichheit und die Spannungen steigen. Alte Ressentiments werden wieder hoffähig, nationalistisch orientierte Kräfte gewinnen an Boden. Aber auch Regierungen der politischen Mitte sehen die Europäische Union zunehmend als Rechenexempel: Lohnt der Einsatz für Europa noch?

Die Gemeinschaft in Europa hat einen Wert, der weit über die gemeinsame Währung hinausgeht. Ein Zerfall der Eurozone könnte uns teuer zu stehen kommen: Neben hohen volkswirtschaftlichen Belastungen wäre ... mit einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Die daraus entstehenden Verwerfungen in den Gesellschaften wie zwischen den Staaten könnten alle Hoffnungen auf einen gemeinsamen Weg aus der Krise zunichtemachen, ja, sie könnten die Werte zerstören, die Europa ausmachen und die die Europäische Union verkörpern: Frieden, Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat ihren Preis. Europa aber hat vor allem einen Wert.“

Aus diesem Text wird deutlich, in welche Situation hinein der Friedensnobelpreis kam. Europa steckte mitten in einer Finanz- und Wirtschaftskrise. In einigen europäischen Ländern war die Arbeitslosigkeit, besonders die der Jugendlichen, eklatant hoch, bis zu 50%. Es gab Unruhen, Demonstrationen und Sit-ins in Madrid und Barcelona, in Athen und Lissabon. Die kapitalismuskritische occupy-Bewegung fasste in Deutschland Fuß. In Berlin, Hamburg, Frankfurt Düsseldorf wurde 2011 für Solidarität und soziale Gerechtigkeit und gegen die Übermacht der Banken demonstriert.

Bis heute ist die Staatsschulden- und Finanzkrise nicht überwunden. Die Spar- und Reformpolitik verlangt gerade den Schwächsten besonders große Opfer ab. Die sozialen Unterschiede zwischen den 28 EU-Mitgliedsstaaten verschärfen sich und

alte Stereotype erleben fröhlich Wiederauferstehung. Gerade das Deutschlandbild hat im Zuge der Krisenbewältigung erhebliche Kratzer bekommen. Deutschlands wirtschaftliche Stärke wird von vielen Nachbarn als Bedrohung empfunden. Zugleich herrscht eine relative Instabilität der politischen Verhältnisse bei einigen Nachbarn, wie wir es gerade in Italien erleben. Einen Mangel an Identifizierung mit den europäischen Freiheits- und Demokratieidealen stellen wir in Ungarn fest. Auch das Erstarken des französischen Front National, der niederländischen Partij voor de Vrijheid, der österreichischen FPÖ und der Alternative für Deutschland (AfD) erfüllt mit Sorge. Unterschiede vertiefen sich: zwischen Nord und Süd, den Eurostaaten und den Staaten an der Peripherie.

Diesen Strömungen kommt zugute, dass die Europäische Union in ihrer Funktionsweise sehr kompliziert ist und Brüssel als bürokratisches Monster empfunden wird, das mit den Lebenswelten der Menschen nicht viel zu tun hat. Das macht es den Populisten leicht, mit simplen Parolen die bestehende Grundskepsis und Zukunftsangst vieler Menschen zu verstärken. Oft wird mit dem Ruf nach „mehr Europa“ dagegegenghalten. Das hilft aber nicht weiter, denn es verstärkt die Skepsis und erleichtert den Weg zurück in nationalstaatliches Denken.

In seinem Wort zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts vom Oktober 2012 betont der Rat der EKD, dass „in der globalisierten Welt selbst die großen europäischen Staaten zu klein sind, um wirtschaftliche und ökologisch-nachhaltige Entwicklungen beeinflussen zu können. Angesichts der wirtschaftlichen Vernetzung (...) brauchen wir die EU, um die Rahmenbedingungen im Sinne unserer Vorstellungen und Werte beeinflussen zu können. Für die Außen-, Klima-, Umwelt-, Energie- und Entwicklungspolitik gilt: Gemeinsam sind wir stärker.“

„Doch das Papier unterstreicht auch, dass ‚nicht alles in Brüssel geregelt werden muss‘. Lokales Handeln und lokale Verantwortung gelte es daher zu stärken. Eine Verständigung darüber, welche Politikbereiche von der EU geregelt werden sollten und welche nicht, würde vielen Polemiken den Wind aus den Segeln nehmen. Es gibt viele große Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können. Doch heute verzettelt sich die europäische Gesetzgebung leider noch zu oft in überflüssigen Details, anstatt alle Kräfte auf das Wesentliche zu konzentrieren“, sagte die Leiterin der Brüsseler Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD OKR'in Katrin Hatzinger in ihrem Vortrag „Europa – in Grenzen“, den sie im Februar 2014 beim Jahresempfang der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gehalten hat.

„Dazu kommt, dass die Wege der Entscheidungsfindung oft wenig transparent und nachvollziehbar sind und die wahre Macht immer noch in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten sitzt. Deshalb reagieren viele Menschen auf die EU gleichgültig oder zunehmend allergisch. Es geht nun darum, den Menschen zu vermitteln, dass die EU ihr Projekt ist, das ihnen persönlich etwas bringt. Darin sehe ich die Aufgabe der Politik, aber auch die Aufgabe anderer gesellschaftlich relevanter Akteure, denen an stabilen demokratischen Verhältnissen gelegen ist.“ (Hatzinger, ebd.)

Der Friedensnobelpreis ist eine Würdigung der zentralen historischen Bedeutung der Europäischen Union. Nach zwei Weltkriegen und dem Holocaust war es möglich, Schuld zu erkennen und zu bekennen und Versöhnung zu erleben, demokratische Gesellschaften aufzubauen und ein Wirtschaftssystem zu etablieren, das Wohlstand und soziale Sicherheit für alle anstrebt. Die friedliche Überwindung der Teilung

Europas vor 25 Jahren und die Osterweiterung der EU waren weitere Schritte auf diesem Weg, die weltweit einzigartig sind.

Gleichzeitig sind wir uns aber auch dessen bewusst, wie fragil dieses Konstrukt ist. Die politischen Entscheidungsstrukturen, die auf Verständigung und Mitspracherecht auch für den kleinsten Mitgliedsstaat hin angelegt sind, müssen transparent sein. Die europäische Frage gehört nicht in einen Spezialausschuss, sondern in die Mitte der Politik. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die europäische Politik in groben Zügen verstehen und nachvollziehen können und an den Debatten über die Zukunft Europas beteiligt sein. Die sozialen Fragen müssen gemeinsam gelöst werden und die Politik muss die Herrschaft über die Wirtschaft wiedererlangen.

Insofern ist der Friedensnobelpreis für die EU, aber auch für jede/n von uns, für alle Europäer/innen, Zuspruch und Anspruch zugleich. Nicht sich zurücklehnen und ausruhen, sondern hoffnungsvoll und mutig die Zukunftsaufgaben angehen, das ist die richtige Reaktion auf den Friedensnobelpreis.

## **2. Die aktuellen friedenspolitischen Herausforderungen**

In der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 heißt es unter der Überschrift „Europas Friedensverantwortung wahrnehmen“ (S.89): „Nach Jahrhunderten kriegerischer Gewalt im Innern und kolonialer Expansion nach außen ist in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – zunächst im Westen – ein großes Friedensprojekt in Gang gekommen, das von dem Menschenrechten und Normen der UNO inspiriert und von stetig dichter werdenden ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Austauschprozessen getragen wird. Welche positive friedenspolitische Bedeutung es hat, wenn Menschen in vielfältige, rechtsbasierte Kooperationsbemühungen miteinander kommen, zeigt Europa. Die völkerrechtlichen Prinzipien der Kooperation und der Verständigung in Europa und auf der Ebene der Weltgemeinschaft sind besonders nachhaltig ausgebaut worden.“

In anderen Worten kurz auf den Punkt gebracht: Frieden ist ein langer Prozess. Er braucht einen rechtlichen Rahmen.

Diesen von den Vereinten Nationen rechtlich anerkannten Rahmen bildet die OSZE. Sie hat wichtige Funktionen im Hinblick auf die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, Frühwarnung, Wahlbeobachtung, den Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen oder auch den Aufbau von Polizeikomponenten.

Die NATO versteht sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht mehr als reines Verteidigungsbündnis, sondern als eine Sicherheitsorganisation. Sie hat durch Kooperation und Aufnahme von neuen Mitgliedern ihren Zuständigkeitsbereich und damit den Stabilitätsraum Europa ausgeweitet. Darüber hinaus hält sie sich mit ihren Truppen, ihrer Kommandostruktur und ihrer Erfahrung in multinationaler militärischer Zusammenarbeit für Maßnahmen internationaler Krisenbewältigung und Friedenssicherung bereit.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Ende der alle Mitglieder einigenden Bedrohung ist es allerdings unter den Mitgliedern schwieriger geworden, einen Konsens über Rolle, Strategien und konkrete Operationen herbeizuführen. Dies hat z.B. zum französischen Alleingang bei der Bombardierung Libyens und zu

unterschiedlichen Positionierungen bzgl. eines Eingreifens im Nordirak und in Syrien geführt.

Als evangelische Kirche in Deutschland treten wir engagiert für den „gerechten Frieden“ ein. Der Einsatz von militärischer Gewalt ist als *ultima ratio* nur äußerst begrenzt zu legitimieren und eingebettet in das Konzept der Schutzverantwortung, das Prävention und Wiederaufbau umfasst. Diese „deutsche“ Position schlägt sich auch außenpolitisch nieder.

„Die Deutschen sind bereit, humanitär, aber nicht militärisch zu helfen. Es scheint einen unerschütterlichen Pazifismus zu geben“, wurde unser Außenminister von *Der Zeit* gefragt. Worauf er antwortete: „Sollte sich ein deutscher Außenminister mit Blick auf das 20. Jahrhundert, in dem von diesem Land zwei Weltkriege ausgegangen sind und mindestens 75 Millionen Menschen ihr Leben verloren haben, wirklich beklagen darüber, dass wir Menschen überzeugen müssen, einem Auslandsengagement wie dem in Afghanistan oder Waffenlieferungen in den Nordirak zuzustimmen?“ (Ausgabe 23.10.2014)

Der Friedensbeitrag des Europarats als der ältesten demokratischen Organisation Europas ist nicht zu unterschätzen. Der Europarat bietet die Möglichkeit, auf der Grundlage von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit an der Gestaltung eines gemeinsamen Europas mitzuwirken. Im Kosovo ist er z.B. zum Schutz der Menschenrechte und des Kulturerbes, bei der Wahlbeobachtung, dem Aufbau der lokalen Selbstverwaltung und der Verhütung von Kriminalität tätig. Mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verfügt der Europarat über ein Kontrollsystem zur Überwachung von Grund- und Menschenrechten. Um die friedenspolitischen Ziele des Europarates zu befördern, sollte sich der Rat der Außenminister künftig deutlicher äußern, wenn Mitgliedstaaten gegen ihre Pflichten zur Gewährleistung von Menschenrechten und Grundfreiheiten verstoßen.

Die größte friedenspolitische Herausforderung erscheint mir im Moment die Solidarität mit den Flüchtlingen zu sein. Seit dem tragischen Tod von mehr als 360 Bootsflüchtlingen vor Lampedusa Anfang Oktober letzten Jahres wird zum Glück wieder öffentlich über die Rolle Europas beim Flüchtlingsschutz gesprochen. Schon seit mehreren Jahren rufen die Kirchen in Europa, die Konferenz Europäischer Kirchen und die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa zum jährlichen Gedenken an die Toten an den europäischen Grenzen auf. Lampedusa war kein Einzelfall. Bis Ende 2012 wurden 17.306 Tote an den europäischen Grenzen dokumentiert. Wie viele unbemerkt auf ihren Fluchtwegen zu Land oder zu Wasser gestorben sind, kann man nur schätzen.

Im Juni 2013 wurden die Bausteine für das „gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS) vom Europäischen Parlament und Ministerrat beschlossen. Die EU-Richtlinien sehen klarere Regelungen zur Definition von internationalem Schutz und den dazugehörigen Rechten vor, regeln Aufnahmebedingungen für Asylsuchende und Asylverfahren, sie bestimmen auch – in der sog. Dublin-III-Verordnung -, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Das Paket enthält Verbesserungen zu den bis 2005 beschlossenen Mindeststandards, der entscheidende Praxistest steht aber noch aus: bis 2015 müssen alle EU-Mitgliedstaaten das Paket umsetzen.

Der Ukraine-Rußland-Konflikt stellt natürlich auch eine ganz besondere friedenspolitische Herausforderung für Europa dar. Meiner Einschätzung nach stehen

da momentan auch die guten Ost-West-Beziehungen, die über Jahrzehnte hinweg durch intensive Versöhnungsarbeit der Kirchen geknüpft wurden, auf dem Prüfstand. Darüber werden Sie in Ihrer Konferenz schon intensiv gesprochen haben. Da bin ich gespannt, etwas von Ihnen zu hören. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang nur auf einen ebenfalls in der letzten Ausgabe *Der Zeit* erschienen Artikel des polnischen Germanisten Adam Krzeminski. Unter der Überschrift „Putins Vasallen“ beklagt er: „Die Deutschen begreifen Russland als faszinierendes Imperium. Nicht nur die Ukrainer, auch die Polen sind für sie wieder das, was sie schon allzu oft waren: Belanglose Spielbälle der Macht.“

### **3. Die Rolle der Kirchen – mahnen, erinnern, wachen und beten**

„Wir Europäer wollen ..., im Bewusstsein des Reichtums unseres Erbes, das aus den Errungenschaften des Judentums, des Christentums, des Islams, der griechischen Philosophie, des römischen Rechts und des Humanismus, der sowohl religiöse als auch nichtreligiöse Quellen hat, schöpft, im Bewusstsein der Werte der christlichen Zivilisation, welche die Hauptquelle unserer Identität ist, im Bewusstsein der häufigen Fälle von Verrat, der an diesen Werten von Christen und Nichtchristen begangen wurde, eingedenk des Guten und des Bösen, das wir Bewohnern anderer Kontinente gebracht haben, im Bedauern der Katastrophen, die durch totalitäre Systeme, die unserer Zivilisation entsprangen, verursacht wurden, ... unsere gemeinsame Zukunft bauen.“

So lautet der Vorschlag des polnischen Publizisten Stefan Wilkanowicz für den vieldiskutierten Gottesbezug in der Präambel einer europäischen Verfassung. „In diesem Vorschlag kommen sowohl die positiven Impulse als auch die problematischen Aspekte religiös motivierter Handlungen in der Geschichte Europas zur Sprache. Hochrangige Europapolitiker/innen richten immer wieder große Erwartungen an die Religionen Europas, dass diese positive Impulse für die Bewusstseinsbildung Europas geben sollen.“ (Gerdi Nützel, in: *Junge Kirche I/2014*, S.23) – „Europa eine Seele geben“, lautet so eine Erwartung.

Ich betrachte es als vorrangige Aufgabe der Religionen, den Schwachen eine Stimme zu geben. In der Gestaltung der europäischen Politik braucht es die Erinnerung an die Maßstäbe, die wir aus unserem Glauben ziehen. Die Krise hat gezeigt, wie rasch die Vision, die die Gründer Europas hatten, in Vergessenheit geraten kann: eine Gemeinschaft, die sich gegenseitig stärkt, in einem Wirtschaftsraum, vor allem aber in einem Raum der Solidarität. Die Rolle der Religionen in Europa und für Europa ist es, Dialogpartner zu sein, mit den Institutionen und mit den Bürgerinnen und Bürgern, ein Forum, eine Agora zu bilden, auf der offen, transparent und regelmäßig kommuniziert wird für ein menschenfreundliches Gesicht der Europäischen Union.

„Die Geschichte Europas ist eine Geschichte von Konflikten und Kriegen, von tiefen gegenseitigen Verletzungen, von Generationen andauernden Unversöhnlichkeiten. Es ist aber auch eine Geschichte der Versöhnung, die verbunden ist mit vielen kirchlichen Friedensprojekten. In diesem Jahr mahnt uns der Beginn des Ersten Weltkrieges und lässt nicht vergessen, dass die Kirchen, auch meine Kirche, nicht nur in der Friedens- und Versöhnungsarbeit tätig waren, sondern auch eine Geschichte der Schuld geschrieben haben.“ (Dr. Irmgard Schwaetzer, *Die Rolle der Religionen in Europa*, 10. März 2014)

Zur Erinnerungskultur, die wir als Kirchen zum Prozess des europäischen Zusammenwachsens beizutragen haben, gehören die Lernerfahrungen auf dem Weg zur Überwindung von Spaltungen. Die Leuenberger Konkordie (1973) und die Charta Oecumenica (2001) sind Dokumente solcher Lernerfahrungen. Wesenhaft für das Gelingen dieser Verständigungsprozesse war der Begriff der „versöhnten Verschiedenheit“. Auch ihn und die damit verknüpften ökumenischen Erfahrungen haben die Kirchen in den europäischen Prozess einzubringen.

Wichtiger Bestandteil dieser Erinnerungskultur ist die Rolle der Wächterin. „Kirchen in Europa dürfen nie schweigend zusehen, wenn Unrecht geschieht.“ (Irmgard Schwaetzer, a.a.O.) Dies ist das Erbe des Holocaust. Nie wieder dürfen wir der Ausgrenzung und Verfolgung von Menschengruppen schweigend zusehen. Das bezieht sich heute auf unsere jüdischen Mitmenschen genauso wie auf Roma und Sinti, Muslime, Homosexuelle, Flüchtlinge und andere Gruppen, die sich verstärkt einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, einem neuen Chauvinismus und Rassismus ausgesetzt fühlen. Vgl. die jüngsten Vorfälle in Köln, wo am vergangenen Wochenende gewaltbereite Fußballfans (Hooligans) zusammen mit Rechtsradikalen gewalttätig gegen Salafisten und Ausländer demonstriert haben.

Die Herausforderungen an die Kirchen und Religionen Europas sind damit im Wesentlichen genannt. Bleibt noch die innere Herausforderung für die Ökumene und den Dialog mit den anderen europäischen Religionen, insbesondere mit dem Islam, zu skizzieren. Dazu noch einmal Irmgard Schwaetzer:

„Entgegen der These, dass mit der Moderne die Bedeutung von Religion im privaten und öffentlichen Leben abnehme, ist festzustellen, dass dem nicht so ist. Europa mag im Vergleich als der Kontinent gelten, auf dem die Gesellschaften am wenigsten religiös sind, und auf dem der Einfluss der religiös nicht gebundenen Agnostiker am stärksten gewachsen ist. Dennoch ist das Thema Religion und die Rolle, die sie spielt oder spielen soll, öffentlich präsent wie seit langem nicht mehr. (...) Spätestens seit der Iranischen Revolution 1979 hat sich die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Staat mit großer Macht wieder ins Bewusstsein der westlichen Welt, ins Bewusstsein Europas gedrängt. Eine drängende Fragestellung, die der aufgeklärten modernen westlichen Welt schier nicht mehr vorstellbar schien. Der 11. September 2001, der Arabische Frühling – die Frage nach der Rolle der Religionen und der Beziehung zwischen Staat und Religion, Staat und Kirchen als verfasster Gemeinschaft der Gläubigen ist aktueller denn je und ein Dauerthema.“ (A.a.O.)

Ich füge hinzu: der Islamische Staat und die Grausamkeiten, die seine Kämpfer z.Zt. im Nordirak und in Syrien begehen, waren uns schier unvorstellbar. Die große Herausforderungen der christlichen Kirchen in Europa ist es, auch angesichts dieser Angst einflößenden Geschehnisse im Dialog mit dem Islam beharrlich zu bleiben, die Prägung, die Europa durch den Islam erfahren hat, zu würdigen und weiterhin für Religionsfreiheit und Menschenrechte einzutreten.

Innerkirchlich stehen sozialetische Themen wie u.a. Familie und Homosexualität auf der Tagesordnung, die Spannungen verursachen und Prüfsteine auf dem Weg der Weiterentwicklung der „versöhnten Verschiedenheit“ bilden.

Darum mein letztes Verb: beten. Beten, weil wir dem Frieden Gottes, der höher ist, als all unsere Vernunft, zutrauen, die Herzen der Menschen zu bewegen und ihre Füße auf den Weg des Friedens zu richten.

